

**Universitätsstadt Tübingen**

Fachbereich Familie, Schule Sport und Soziales  
Uta Schwarz-Österreicher, Telefon: 204-1250  
Gesch. Z.: 50/470-00

Vorlage **51c/2009**  
Datum 03.02.2009

**Beschlussvorlage**

zur Behandlung im: **Sozialausschuss**

Vorberatung im: -----

---

**Betreff: Vertragliche Förderung der AIDS-Hilfe Tübingen-Reutlingen –  
Zuschusserhöhung**

Bezug: Vorlagen 163/2008, 51/2009

Anlagen: Bezeichnung:

---

**Beschlussantrag:**

Der Erhöhung des Zuschusses an die AIDS-Hilfe von 24.000 € um 4.000 € auf 28.000 €  
wird zugestimmt

| <b>Finanzielle Auswirkungen</b>                  | Jahre 2009 - 2011 |     |  |
|--|-------------------|-----|--|
| Investitionskosten                               | €                 | €   |  |
| Zuschusserhöhung bei HHStelle<br>1.4701.7020.000 |                   |     |  |
| Aufwand jährlich                                 | 4.000 €           | ab: |  |

**Ziel:** Abschluss eines Fördervertrags gemäß Vorlage 163/2008

## **Begründung:**

1. Anlass / Problemstellung  
Vorlage 51/2009
  
2. Sachstand  
Im Jahr 2008 wurde der Zuschuss an die AIDS-Hilfe Tübingen-Reutlingen von 22.374 € um 1.626 € auf 24.000 € erhöht, um die präventive Arbeit auf dem Stand des Vorjahres halten zu können. Mit der vorgeschlagen Erhöhung um 4.000 € möchte die Stadt vor allem die derzeitigen Bemühungen der AIDS-Hilfe um eine Intensivierung der Präventionsarbeit für Jugendliche und die Gruppe der Männer mit sexuellen Kontakten zu Männern (MSM) unterstützen.  
  
Bundes- und landesweit stieg die Zahl der HIV-Neuinfektionen von 2001 bis 2006 stark an (um ca. 50 %), vor allem in der Gruppe der Männer mit sexuellen Kontakten zu Männern, und stagniert derzeit auf dem erhöhten Niveau. Um die vergleichsweise günstige epidemiologische Situation in der hiesigen Region zu erhalten, soll die Präventionsarbeit für die heranwachsenden Generationen und insbesondere die bislang unterversorgte und schwer erreichbare Gruppe der Männer mit sexuellen Kontakten zu Männern mit zielgruppenspezifischen Präventionsmaßnahmen verstärkt werden. Die ehrenamtliche Arbeit in diesen Bereichen bedarf der professionellen Koordination und Anleitung. Die bestehenden personellen Ressourcen reichen dafür nicht aus.  
Die erhöhte Bezuschussung trägt dazu bei, eine Teilzeitstelle oder eine Stelle mit „geringfügiger Beschäftigung“ bis zu 10 Wochenstunden zu schaffen und die 50 % Stelle für Jugendprävention auf 60 % anzuheben.
  
3. Lösungsvarianten  
Keine Erhöhung: Die Präventionsarbeit kann nicht weiter ausgebaut werden .Es ist fraglich, ob der Vertrag dann zustande kommt.
  
4. Vorschlag der Verwaltung  
Die Verwaltung schlägt vor, den bisherigen Zuschuss von 24.000 € um 4.000 € auf 28.000 € zu erhöhen
  
5. Finanzielle Auswirkungen  
Die Mehrausgaben sind durch das Gesamtbudget abgedeckt.